

05.11.2021

**Antrag der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion
zu den Sitzungen des Ausschusses für Ordnungs- u.
Bürgerangelegenheiten am 08.11.2021 und des Haupt- und
Finanzausschusses am 18.11.2021**

Verstärkung Sicherheitspersonal ÖPNV/U-Bahn-Sicherheit

Die Stadtverwaltung wird gebeten, im städtischen Haushalt für das Jahr 2022 und 2023 zusätzlich Mittel in Höhe von je 300.000 EUR für die Verstärkung des Sicherheitspersonals im ÖPNV einzustellen.

Begründung:

Im Rahmen eines Zukunftsprogramms für Duisburg bringt der Rat der Stadt Duisburg unter nach wie vor schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wichtige Themen auf den Weg, die für die Zukunft unserer Stadt unabdingbar notwendig sind. Sie sollen nachhaltig wie auch wirtschaftlich wirken und eine gute Grundlage auch für künftige Generationen sein.

Sie bedeuten einerseits eine finanzielle Herausforderung, sind aber andererseits für eine fortschrittliche und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik bedeutsam, weil sich hierin alle Facetten des Zusammenlebens widerspiegeln.

Dies gilt für bildungspolitische Schwerpunkte ebenso wie für ökologische Aktivitäten zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels, es trifft die Rahmenbedingungen für das Miteinander in den Stadtteilen gleichermaßen wie unsere Chancen, uns in unserer Stadt wohlfühlen. Gleichzeitig stellt es die Grundlagen für die Fortentwicklung unserer Wirtschaft und damit der Arbeitsplätze auf dem Stadtgebiet zur Verfügung.

Sicherheit ist und bleibt eines der wichtigsten Themen der Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist es vor allem die gefühlte Sicherheit vor Ort, die für die Menschen eine wesentliche Rolle spielt.

Die deutliche Erhöhung der optischen Präsenz von Sicherheitspersonal im öffentlichen Raum führt zu einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens und zu einer tatsächlich verbesserten Sicherheitslage.



Bei Problemen, die von den Menschen als störend empfunden werden (Verstoß gegen Corona-Schutzverordnung, Pöbeleien, mangelnde Präsenz von Ordnungskräften, etc.) sieht der Bürger zudem ein Eingreifen des Sicherheitspersonals als klare Reaktion der Stadt.

Aktuell sind die im Auftrag des Konzerns Stadt beauftragten Sicherheitskräfte im ÖPNV einem gesteigerten aggressiven Verhalten ausgesetzt, das sich im Schwerpunkt in regelmäßiger verbaler Aggression, kleinen Tätlichkeiten, schweren Vorkommnissen und erhöhtem Arbeitsaufwand manifestiert. Dieses gesamtgesellschaftliche Phänomen ist nicht nur durch die dem Pandemiegesehen geschuldeten Einschränkungen verursacht, sondern ein Trend der letzten Jahre.

Aktuell sind in der U-Bahnsicherheit im faktischen 24-Stunden Dienst während einer Regelschicht vier Mitarbeiter*innen für den gesamten Innenstadtbereich zuständig.

Die Beschäftigten bestreifen den U-Bahn-Bereich, zeigen Präsenz und sorgen für eine Früherkennung von Gefahrenlagen, sind Ansprechpartner für wartende Fahrgäste und schützen diese vor Aggressionen auffälliger Personen.

Mit den veranschlagten Mitteln sollen über die DVG jeweils pro Schicht mind. zwei weitere Mitarbeiter*innen zusätzlich für die Bestreifung eingesetzt werden.

Aufgrund der guten Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und entstandenen Spielräumen u.a. bei den Kassenkreditzinsen kann eine Kompensation erfolgen.

Weitere Begründung ggfls. mündlich.